

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (2000) : Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 267-288

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2500>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt

Von Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Carsten-Patrick Meier,
Joachim Scheide, Rainer Schmidt und Hubert Strauß

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in diesem Jahr merklich beschleunigt (Schaubild 1). Im Verlauf des ersten Halbjahres wurde das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 3,9 Prozent ausgeweitet, nach 3,3 Prozent in der zweiten Jahreshälfte 1999. Wie schon im vergangenen Jahr kamen die wesentlichen Anstöße von der Auslandsnachfrage. Anregend wirkten die kräftige Weltkonjunktur und die Abwertung des Euro, die das Exportgeschäft außerhalb des Währungsraums begünstigte. Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumausgaben trotz stagnierender real verfügbarer Einkommen spürbar stärker aus. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen infolge günstiger Absatzperspektiven rasch zu. Rückläufig waren dagegen einmal mehr die Bauinvestitionen.

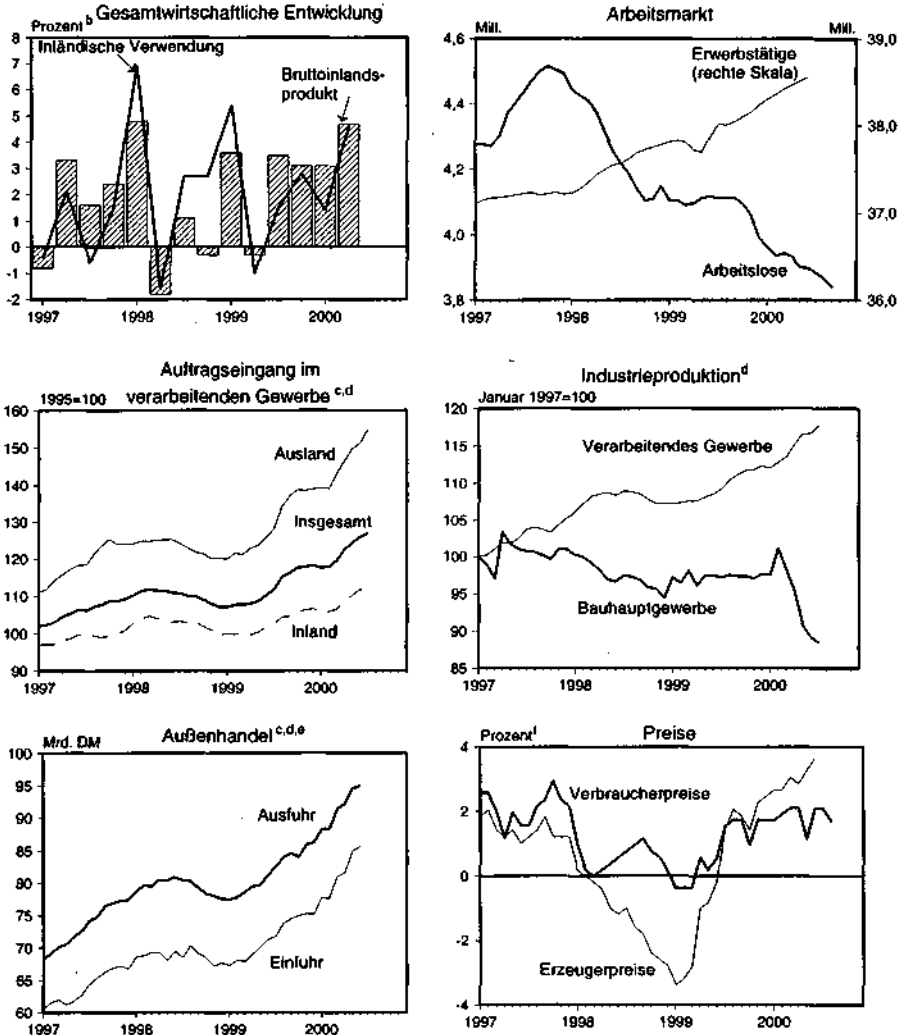
Die kräftige Produktionsausweitung führte zu einer spürbar höheren Nachfrage nach Arbeit. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Juni saisonbereinigt um mehr als 300 000 über dem Stand Ende vergangenen Jahres. Die Arbeitslosigkeit geht seit einem Jahr zurück. Im August betrug die Arbeitslosenquote 9,5 Prozent.

Im dritten Vierteljahr dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik etwas verringert haben. Das Geschäftsklima ging im Juni und Juli deutlich zurück, und auch die Zunahme der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe verlief zuletzt etwas flacher. Im Baugewerbe deutet der weitere Rückgang von Genehmigungen und Aufträgen darauf hin, dass im zweiten Halbjahr nicht mit einer Erholung zu rechnen ist.

Das Preisklima wird weiter von außenwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt. Nach dem erneuten Anziehen des Rohölpreises und der fortgesetzten Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar hat sich der Preisauftrieb wieder beschleunigt. Die Kernrate der Inflation ist gleichwohl weiterhin niedrig.

Monetäre Rahmenbedingungen weniger günstig

Von den monetären Rahmenbedingungen im Euroraum gehen keine Anregungen mehr auf die deutsche Konjunktur aus. Nach der jüngsten Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes der Europäischen Zentralbank (EZB) um 25 Basispunkte auf 4,5 Prozent waren die Zinsen für Dreimonatsgeld Anfang September mit nominal knapp 5 Prozent mehr als 2 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Real liegen sie etwas über ihrem langjährigen Durchschnitt. Die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen notiert seit einem halben Jahr bei etwa 5,3 Prozent. Sie liegt in realer Rechnung in der Nähe ihres Mehrjahresmittelwerts. Nach wie vor spürbar sind die Anregungen von der Wechselkursseite: Der Euro hatte bis zum Frühjahr effektiv stark abgewertet und hielt diesen Stand während der Sommermonate im Wesentlichen bei.

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland

^aSaisonbereinigt. – ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^cReal. – ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Im Prognosezeitraum werden sich die monetären Rahmenbedingungen nochmals leicht verschlechtern. Wir erwarten, dass die EZB den Leitzins um weitere 25 Basispunkte anhebt (Gern et al. 2000b). Die Kapitalmarktzinsen dürften geringfügig steigen. Für den Euro nehmen wir eine leichte Aufwertung gegenüber dem US-Dollar bis Ende 2001 an, so dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen etwas abnimmt. Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen die Konjunktur leicht dämpfen.

Finanzpolitik geht auf Expansionskurs

Die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2000 in etwa neutral auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates nehmen infolge zahlreicher Einsparmaßnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden schwächer zu als das nominale Produktionspotential. Gleichzeitig sinkt jedoch die Abgabenbelastung; zwar wurden die Mineralöl- und die Stromsteuer zu Jahresbeginn erhöht, aber die Einkommensteuersätze und der Beitragssatz in der Rentenversicherung wurden reduziert.

Dem Rückgang des Budgetdefizits, den die erhöhte Kapazitätsauslastung bedingt, wirken Sonderfaktoren entgegen wie z. B. die reduzierte Gewinnablieferung der Bundesbank und die Zahlungen des Bundes an den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter. Insoweit wäre mit einem wenig veränderten Budgetdefizit des Staates zu rechnen. Dem Bund sind aber Anfang September 2000 aus der Versteigerung neuer Mobilfunklizenzen 99,4 Mrd. DM zugeflossen. Aufgrund dieser außerordentlichen Einnahmen wird der Haushalt des Bundes im Jahr 2000 zum ersten Mal seit 1970 mit einem Überschuss abschließen. Der Budgetsaldo des Staates in der Abgrenzung nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 1,3 Prozent betragen; ohne die Versteigerungserlöse ergäbe sich ein Defizit von 1,2 Prozent. Der Schuldenstand des öffentlichen Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2000 erstmals seit 1996 unter dem Referenzwert nach dem Vertrag von Maastricht liegen.

Im Jahr 2001 wird der Sparkurs gelockert werden. Das Wohngeld, das Erziehungsgeld sowie die Leistungen nach dem BAFöG werden aufgestockt; die Aufwendungen für militärische Zwecke, für Bildung und Forschung und für die Verkehrsinfrastruktur dürften – anders als in diesem Jahr – nennenswert ausgeweitet werden, nachdem sich die Finanzlage des Staates spürbar entspannt hat. Zudem werden private Haushalte und Unternehmen im Jahr 2001 deutlich entlastet. Die Unternehmensteuerreform und die Verringerung der Einkommensteuersätze bewirken – im Vergleich zur Entwicklung bei unveränderten Steuertarif und bei Nichtberücksichtigung der Reaktionen der Haushalte und Unternehmen auf die Rechtsänderungen – Mindereinnahmen des Staates in Höhe von rund 45 Mrd. DM; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 1,1 Prozent. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge wird sich per saldo wohl nicht ändern; einem erhöhten Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird ein reduzierter Satz in der Gesetzlichen Rentenversicherung gegenüberstehen. Alles in allem dürfte das strukturelle Budgetdefizit des Staates im Jahr 2001 um 0,8 Prozentpunkte¹ steigen; daher wird die Finanzpolitik die Konjunktur merklich anregen.

¹ Es handelt sich um die Änderung des Budgetdefizits, die nicht konjunkturell oder dadurch bedingt ist, dass infolge der Versteigerung der Mobilfunklizenzen Einnahmen entstanden sind und Ausgaben sinken werden. Die Erlöse aus der Versteigerung mindern die Verschuldung und damit dauerhaft die Zinsbelastung. Die Zinsersparnis dürfte 7 Mrd. DM betragen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies knapp 0,2 Prozent.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen gemäß der Finanzplanung des Bundes (Mrd. DM)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt nach der Zielprojektion der Bundesregierung	4006,20	4175,90	4343,80	4518,40	4700,00	4889,00 ^a
Steueraufkommen						
Ergebnis der Schätzung im Mai 2000	911,51	941,12	967,89	1018,35	1070,70	1125,00 ^a
Auswirkungen der Steuerreform						
Reform der Unternehmensbesteuerung	.	-15,94	-18,98	-13,40	-9,73	-9,25
Änderung des Einkommensteuertarifs	.	-28,40	1,26	-13,85	-13,21	-46,98
Zusätzlich geplante Maßnahmen ^b	.	-1,06	-1,49	-2,10	-2,11	-6,54
Zusammen	.	-45,39	-19,21	-29,34	-25,05	-62,76
Insgesamt	911,51	895,73	948,68	989,01	1045,65	1062,24
Steuerquote (Prozent)	22,75	21,45	21,84	21,89	22,25	21,73

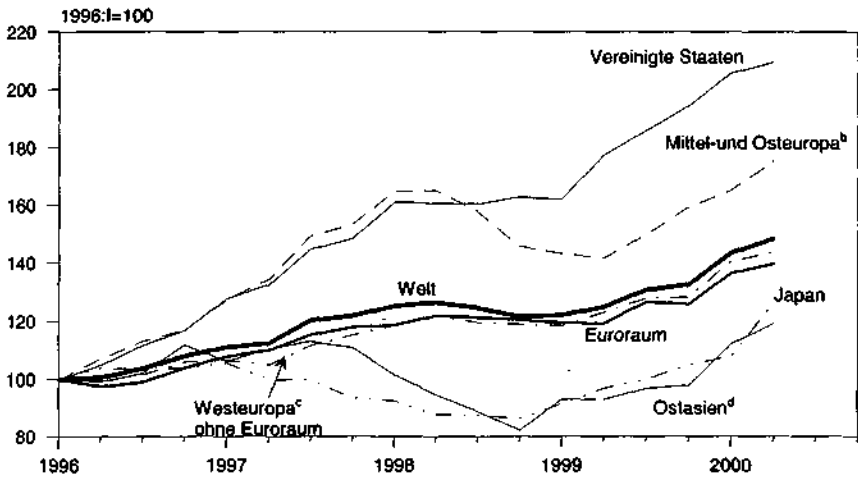
^a Eigene Fortschreibung. – ^b Gemäß der Entschließung des Bundesrates vom 14. Juli 2000.

Quelle: BMF (2000), eigene Berechnungen.

Das Steueraufkommen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2001 deutlich sinken. Die Bundesregierung rechnet mit einem Rückgang der Steuerquote um 1,3 Prozentpunkte (Tabelle 1). Legt man die Eckdaten der Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2004 und eine Fortschreibung derselben bis zum Jahr 2005 zugrunde, so zeigt sich, dass die Steuerquote in den Jahren 2002–2004 trotz der Reformmaßnahmen zunehmen und erst im Jahr 2005 wieder sinken wird. Die im Juli 2000 beschlossene Steuerentlastung ist offenbar bei weitem nicht so groß wie häufig behauptet oder suggeriert. Dies wird deutlicher sichtbar, wenn die Entwicklung der Belastung typischer Gruppen von Einkommensteuerzahlern betrachtet wird (Boss 2000). Der durchschnittliche Lohnsteuerzahler wird sich in den kommenden Jahren Grenz- und Durchschnittssätzen gegenübersehen, die relativ hoch bleiben (Boss und Elendner 2000).

Exportkonjunktur beruhigt sich

Die Exportwirtschaft, die sich seit dem Frühjahr 1999 im Aufwind befindet, hat ihren Höhenflug bis zuletzt mit unvermindertem Schwung fortgesetzt. Im Verlauf des ersten Halbjahrs 2000 expandierte die reale Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 13,4 Prozent (laufende Jahresrate). Der anhaltende Aufschwung in der Weltwirtschaft sorgte für ein günstiges Investitionsklima, von dem

Schaubild 2: Warenausfuhr nach Regionen^a

^aSpezialhandel, saison- und arbeitstägig bereinigte Quartalswerte. – ^bBosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Russland, Estland, Lettland, Litauen, Ukraine, Weißrussland, Moldavien. – ^cVereinigtes Königreich, Schweden, Dänemark, Griechenland, Schweiz, Norwegen. – ^dChina, einschließlich Hongkong, Südkorea, Singapur, Taiwan, Thailand, Philippinen, Indonesien.

die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer ausgeprägten Spezialisierung auf Investitionsgüter profitierte; die Lieferungen in dieser Güterkategorie wiesen denn auch die höchsten Steigerungsraten auf. Zusätzlich wurde der Absatz in das Ausland durch die Abwertung des Euro beflügelt, der den Exporteuren Wettbewerbsvorteile vor allem gegenüber ihren amerikanischen, britischen und japanischen Konkurrenten verschaffte. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung wurden die Lieferungen in die meisten Regionen außerhalb Eurolands noch rascher ausgeweitet als jene zu den Handelspartnern innerhalb des Euroraums (Schaubild 2). Eine Ausnahme hiervon stellen die Absatzmärkte in den südostasiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern dar, wo die deutschen Anbieter wegen ihres vergleichsweise dünnen Netzes an Niederlassungen strukturell bedingt Marktanteile verlieren (DIHT 2000: 5 f.).

Die Perspektiven bleiben für den weiteren Jahresverlauf sehr günstig. Die Auftragslage ist hervorragend; so stiegen im verarbeitenden Gewerbe die Bestellungen aus dem Ausland im Zeitraum von Mai bis Juli gegenüber dem Quartal zuvor um 5,5 Prozent und übertrafen ihren Bestand im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres um 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund sind in Umfragen zur erwarteten Exportentwicklung die Optimisten nach wie vor klar in der Überzahl. Allerdings dürften die Produktionszuwächse in der Weltwirtschaft derzeit ihr Maximum überschreiten und allmählich kleiner werden. Insbesondere in den Vereinigten Staaten wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im Jahr 2001 erheblich verlangsamen, und in der Europäischen Union verliert die konjunkturelle Expansion etwas an Fahrt (Gern et al. 2000a). Gleichwohl setzt sich der Aufschwung in den Industrieländern fort; dort wird die mit den Anteilen am deut-

schen Export gewichtete Industrieproduktion im Verlauf des kommenden Jahres um rund 3 Prozent zunehmen. In den Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt die Konjunktur trotz einer gewissen Verlangsamung ebenfalls deutlich aufwärts gerichtet. Dagegen wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter im Vergleich zu ihren Konkurrenten außerhalb Eurolands im nächsten Jahr durch eine leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar beeinträchtigt. Alles in allem rechnen wir für 2001 mit einem Anstieg der realen Exporte von Waren und Dienstleistungen um 8,5 Prozent; in diesem Jahr wird mit 12,5 Prozent voraussichtlich der stärkste Zuwachs seit der Wiedervereinigung erzielt.

Auch die Importe expandierten im ersten Halbjahr vor allem bedingt durch die rege Exporttätigkeit kräftig. Die Euro-Schwäche scheint die nachgefragten Mengen aus dem Ausland bislang allenfalls geringfügig gedämpft zu haben. Im kommenden Jahr wird die Binnennachfrage stärker ausgeweitet werden als in diesem, die Einfuhr für den Export benötigter Vor- und Zwischenprodukte wird sich hingegen verhaltener entwickeln als zuletzt. Insgesamt werden die realen Importe von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr um 9,3 Prozent und im kommenden Jahr um 8,7 Prozent zunehmen.

Der Anstieg der Wareneinfuhrpreise hat sich im Sommerhalbjahr zwar etwas abgeflacht, die Dynamik blieb jedoch mit laufenden Jahresraten von rund 10 Prozent beträchtlich. Da der Preisauftrieb auf der Importseite nun schon geraume Zeit andauert, rückt er als potentielle Gefahr für die gesamtwirtschaftliche Preisniveaustabilität zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses (EZB 2000: 6). Um zu beurteilen, ob der Preisdruck aus dem Ausland nachhaltig ist, soll diskutiert werden, welche Faktoren den Anstieg der Importpreise derzeit am stärksten prägen. Da die Entwicklung der Erzeugerpreise in der Industrie – sieht man vom energiekostenbedingten Schub ab – weltweit nach wie vor in ruhigen Bahnen verläuft, richtet sich das Hauptaugenmerk auf den drastischen Anstieg der Rohstoffpreise und auf die hartnäckige Schwäche des Euro.²

Die Einfuhr von Erdöl und Mineralölerzeugnissen hat sich von Juli 1999 bis Juli 2000 um rund 70 Prozent verteuert. Der hohe Einfluss dieser Gütergruppe auf den Index der Einfuhrpreise lässt sich daran ablesen, dass der Gesamtindex binnen Jahresfrist mit 10,9 Prozent erheblich stärker gestiegen ist als der Teilindex ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse. Dieser übertraf zuletzt seinen Stand vom Vorjahr gleichwohl um 6,6 Prozent, nachdem er diesen zur Jahresmitte 1999 noch um 2,4 Prozent unterschritten hatte.

Inwieweit die deutliche Beschleunigung der „Kernrate“ der Einfuhrpreise von der Abwertung des Euro herrührt, zeigen eine Analyse der Preisentwicklung relativ „öl-ferner“ Gütergruppen sowie eine Differenzierung der Waren nach ihrer Herkunft (EWU-Ausland versus Drittländer).³ Danach hat die Abwertung

² Als wichtigste Bestimmungsgründe der Einfuhrpreise rohstoffabhängiger industrialisierter Volkswirtschaften werden in empirischen Studien der effektive Außenwert der Landeswährung, die Rohstoffpreise und die ausländischen Erzeugerpreise identifiziert (vgl. z. B. Fischer 1996: 11 ff.).

³ Die amtliche Statistik verfügt nur über eine Untergliederung der Herkunft nach EU-Ländern und Drittländern. Hier wird deshalb angenommen, dass die Preisentwicklung des Imports aus der EU der der Einfuhren aus dem Euroraum gleicht.

bislang vor allem auf die rohstoffintensiven Verarbeitungsstufen der Industrie gewirkt: Stiegen die Importpreise für Vorleistungsgüter ohne Energie binnen Jahresfrist um etwa 9,5 Prozent, so vermeldeten Konsumgüterproduzenten eine Verteuerung ihrer Einfuhren um rund 2,5 Prozent und Investitionsgüterproduzenten eine um lediglich 1,5 Prozent (Statistisches Bundesamt 2000a).⁴ Darüber hinaus ergeben sich innerhalb dieser drei großen Gruppen Unterschiede, die die hohe Bedeutung der Marktstruktur für die Preisentwicklung belegen. So haben die D-Mark-Preise für den Import aus Fremdwährungsländern verglichen mit dem aus der Währungsunion zwar in solchen Bereichen schneller angezogen, in denen entweder der Preis als Wettbewerbsparameter nicht die dominierende Rolle spielt (z. B. viele Arten von Maschinen, Medizin-, Mess- und Steuerungstechnik), in denen die Anbieter aus Drittländern wegen des Fehlens bedeutender Konkurrenten im Euroraum Preiserhöhungen leichter durchsetzen können (Zellstoff und Papier, Gummi und Kunststoffe) oder in denen in Dollar lautende langfristige Lieferverträge zu automatischen Preisanpassungen auf D-Mark-Basis führen (z. B. Eisen-, Stahl-, Metallerzeugnisse). Aber in den quantitativ bedeutsameren Teilen des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie bei landwirtschaftlichen Maschinen, Werkzeugmaschinen und Haushaltsgeräten, sind die Importpreise bislang kaum gestiegen; überdies bestanden so gut wie keine Unterschiede hinsichtlich der Währung des Herkunftslandes. Die zuletzt genannten Bereiche sind aufgrund der Marktpräsenz starker Anbieter aus dem Euroraum durch einen intensiven Substitutionswettbewerb gekennzeichnet, der Exporteure aus Drittländern wohl dazu veranlasst, vorübergehende Gewinneinbußen zur Stabilisierung ihrer Marktanteile in Euroland hinzunehmen.⁵ Insgesamt hat der Wertverlust des Euro die Importe in den größten Teilen der deutschen Industrie bislang überraschend wenig verteuert.

Dennoch birgt die Abwertung auch für die bislang von Preissteigerungen verschonten Bereiche der Industrie Risiken. Zum einen können ausländische Lieferanten den höheren Wechselkurs ihrer Währung in der jetzigen Phase hoher Kapazitätsauslastung leichter auf ihre deutschen Abnehmer überwälzen als beispielsweise noch vor einem Jahr. Zum anderen werden immer mehr Anbieter auch in wettbewerbsintensiven Sektoren die Preise erhöhen, wenn der Außenwert des Euro sich auf seinem niedrigen Stand verfestigen oder gar weiter sinken sollte. Letzteres erwarten wir für den Prognosezeitraum jedoch nicht. Vielmehr halten wir auf der Grundlage der zu erwartenden Realzinsentwicklung in Euroland und in den Vereinigten Staaten eine leichte Aufwertung des Euro gegenüber

⁴ Zu beachten ist freilich, dass die Dollar-Notierungen nichtenergetischer Rohstoffe seit einem Jahr ebenfalls leicht nach oben zeigen. Dies macht sich bei Vorleistungsgütern wegen des höheren Rohstoffgehalts stärker bemerkbar als bei den übrigen Waren. Deshalb sind die Unterschiede im Preisanstieg zwischen Vorleistungsgütern auf der einen und Investitions- bzw. Konsumgütern auf der anderen Seite nicht in voller Höhe auf die ungleiche sektorale Verteilung der Abwertungseffekte zurückzuführen.

⁵ Der Befund eines „pricing-to-markets“-Verhaltens ausländischer Exporteure auf dem deutschen Markt steht im Einklang mit einer in ökonomischen Modellen der aggregierten Importnachfrage häufig ermittelten niedrigen Wechselkurselastizität (vgl. z. B. Strauß 2000: 29).

dem Dollar für wahrscheinlich (Gern et al. 2000b). Darüber hinaus dürfte sich der Anstieg der Rohstoffpreise auf Dollarbasis im Prognosezeitraum deutlich abschwächen; für Rohöl wird sogar ein leichter Rückgang der Notierungen angenommen. Nimmt man zudem die voraussichtlich anhaltend moderate Entwicklung der Lohnstückkosten bei den wichtigsten Handelspartnern in den Blick, stehen die Chancen gut, dass sich der Preisauftrieb auf der Einfuhrseite mehr und mehr beruhigen wird. Alles in allem wird der Deflator der Importe in diesem Jahr um durchschnittlich 7,6 Prozent und im Jahr 2001 um 3,8 Prozent über seinem Stand vom Vorjahr liegen.

Die Exporte verteuerten sich im ersten Halbjahr 2000 so rasch wie seit Beginn der neunziger Jahre nicht mehr. Der Deflator der Exporte lag um 2,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die Euro-Abwertung sowie der drastische Anstieg der Vorleistungspreise werden in der zweiten Jahreshälfte noch nachwirken, ehe sich der Preisauftrieb 2001 fühlbar beruhigt. Der Deflator der Exporte wird dann nur noch um 1,8 Prozent anziehen, nach 2,9 Prozent im Jahr 2000. Die Terms of Trade werden sich im kommenden Jahr abermals verschlechtern (um 1,9 Prozent), wengleich nicht mehr so gravierend wie in diesem (4,4 Prozent).

Dynamik bei Ausrüstungsgütern hält an

Die Aufhellung des Investitionsklimas, die im Sommer vergangenen Jahres einsetzte, führte im ersten Halbjahr 2000 zu einer sehr starken Expansion der Ausgaben für Ausrüstungsgüter. Sie nahmen mit einer laufenden Jahresrate von 14,1 Prozent ähnlich kräftig zu wie im ersten Halbjahr 1998, dem bisherigen Höhepunkt dieses Investitionszyklus. Allerdings verlief die Entwicklung recht unstet; die Zunahme fiel im zweiten Quartal deutlich geringer aus als im ersten. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die Investitionstätigkeit im dritten Quartal wieder Fahrt aufnehmen wird. So hat die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Inland im zweiten Quartal erheblich zugelegt. Wesentlich dafür dürfte sein, dass es mit dem Inkrafttreten der weniger großzügigen Abschreibungsbedingungen zu Beginn des Jahres 2001 Anreize gibt, Investitionsprojekte in dieses Jahr vorzuziehen. Entsprechend geringer wird die Nachfrage in der ersten Jahreshälfte 2001 ausfallen.

Insgesamt wird die Dynamik bei den Ausrüstungsgütern im kommenden Jahr kräftig bleiben. Dafür spricht, dass sich die Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft bereits auf hohem Niveau befindet und voraussichtlich weiter steigen wird, so dass Erweiterungsinvestitionen dringlich werden. Hinzu kommt, dass die Lohnpolitik auf einen moderaten Kurs eingeschwenkt ist, so dass von dieser Seite die Renditeerwartungen begünstigt werden. Diese positive Einschätzung der Rahmenbedingungen wird durch die in Befragungen ermittelten Geschäftserwartungen bestätigt, welche trotz des jüngsten Rückgangs immer noch ausgesprochen optimistisch sind. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte aber dämpfend wirken, dass die Absatzerwartungen im Zuge der konjunkturellen Verlangsamung nachgeben werden. Die Investitionstätigkeit wird wohl in der Grundtendenz ein etwas gemächlicheres Tempo einschlagen. Alles in allem erwarten wir für dieses Jahr bei den Ausrüstungsinvestitionen eine Zunahme um 9,1 Prozent und für das Jahr 2001 eine um 6,5 Prozent.

Die hohe Dynamik bei den sonstigen Anlagen, die im Wesentlichen Softwareprodukte umfassen, wird im Prognosezeitraum aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Informations- und Kommunikationsprodukten anhalten. Die Zuwachsraten dürften in diesem Jahr bei 10 Prozent liegen und im nächsten Jahr 7,4 Prozent betragen.

Erneuter Abschwung bei Bauinvestitionen

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen war die Bautätigkeit in jüngster Zeit deutlich abwärts gerichtet. Um bei der Analyse Witterungseinflüsse auszuschalten, ist es zweckmäßig, das erste Halbjahr insgesamt zu betrachten; in diesem Zeitraum sind die Bauinvestitionen mit einer laufenden Jahresrate von 6,1 Prozent zurückgegangen. Angesichts der im Jahresverlauf schwachen Entwicklung bei Auftragseingängen und Baugenehmigungen ist in absehbarer Zeit keine durchgreifende Erholung zu erwarten. Allerdings sind die konjunkturellen Rahmenbedingungen alles in allem recht günstig, so dass sich der Rückgang nicht in dem zuletzt verzeichneten Tempo fortsetzen wird.

Mit der jüngsten Revision der Bauinvestitionen durch das Statistische Bundesamt ergibt sich für die Jahre ab 1996 ein neues Bild. Besonders die Bauinvestitionen in Westdeutschland sind für die vergangenen drei Jahren spürbar nach oben revidiert worden. Dies betrifft vor allem das Jahr 1998: Statt eines Rückgangs der westdeutschen Bauinvestitionen um 2,3 Prozent wird nun ein Anstieg um 1,8 Prozent ausgewiesen. Die Wohnungsbauinvestitionen wurden besonders deutlich revidiert. So kam nach den neuen Zahlen die Wohnungsbaurezession in den alten Ländern bereits im Jahr 1997 und nicht erst 1999 zu einem Ende. Für das Jahr 1998 war auf Basis der neuen Zahlen sogar eine deutliche Erholung mit einer Zuwachsrate von 3,3 Prozent (alte Zahlen: -1,7 Prozent) zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr schwächte sich die Wohnungsbaukonjunktur in Westdeutschland ab. Die Investitionen expandierten nur noch mit einer Rate von 0,7 Prozent.

Auch nach der Revision der Bauinvestitionen bleibt für die alten Bundesländer das Bild bestehen, wonach seit Mitte der neunziger Jahre der Mietwohnungsbau rückläufig ist, während der Einfamilienhausbau recht kräftig expandierte. Allerdings muss die Einschätzung korrigiert werden, wonach die Abwärtstendenz bei den Mietwohnungen die Entwicklung der Bauinvestitionen dominierte. Nach den neuen Zahlen zeigt sich, dass die Dynamik beim Eigenheimbau überwog. Für die unterschiedlichen Tendenzen innerhalb des Wohnungsbaus war wohl zum einen maßgeblich, dass im Wohnungsbauboom in der ersten Hälfte der neunziger Jahre vor allem bei Mietwohnungen Überkapazitäten entstanden waren. Zum anderen hatte sich die Nachfrage zugunsten von Einfamilienhäusern verschoben, so dass es in diesem Segment immer noch rentierliche Investitionsmöglichkeiten gab.

Die Entwicklung der Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2000 lässt erwarten, dass sich die Bautätigkeit bei Mehrgeschossbauten im Prognosezeitraum auf niedrigem Niveau stabilisieren wird, während der Einfamilienhausbau deutlich an Schwung verliert. Mit der raschen Ausweitung der Bautätigkeit in diesem

Bereich in den vergangenen Jahren dürfte der hinzugekommenen Nachfrage nun ein entsprechendes Angebot gegenüberstehen, und die Bautätigkeit normalisiert sich wieder. Für Ostdeutschland ist zu berücksichtigen, dass dort der Überhang auf dem Immobilienmarkt besonders ausgeprägt ist. Hier ist noch für längere Zeit mit einer rückläufigen Bautätigkeit zu rechnen.

Insgesamt werden die Wohnungsbauminvestitionen in Deutschland in diesem Jahr um 3 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr dürfte die Entwicklung wieder stärker von den konjunkturellen Rahmenbedingungen geprägt werden. Diese werden insgesamt einen positiven Einfluss haben, da mit einer spürbaren Zunahme der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zu rechnen ist. Der Anstieg der langfristigen Zinsen seit Sommer vergangenen Jahres dürfte hingegen etwas dämpfen. Die Wohnungsbauminvestitionen werden nochmals leicht zurückgehen.

Im Wirtschaftsbau stellt sich die Situation etwas günstiger dar. Vor allem in den alten Bundesländern ist seit Beginn des Jahres 1999 eine leichte Aufwärtstentwicklung zu verzeichnen. Voraussichtlich wird diese Tendenz im Prognosezeitraum anhalten, da die dynamische Entwicklung bei den Ausrüstungsgütern oftmals Anlass zu baulichen Veränderungen geben wird. Dies gilt insbesondere, da die steigende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunehmend zu Erweiterungsinvestitionen führen wird, die besonders bauintensiv sind. Frühindikatoren wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen zufolge ist allerdings nicht mit einer kräftigen Belebung zu rechnen. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind zwar auch in den neuen Ländern günstig, Überkapazitäten wie beim Wohnungsbau verhindern hier aber eine Erholung. Insgesamt werden die Wirtschaftsbauinvestitionen in Deutschland in diesem Jahr um 1,1 Prozent zurückgehen und im kommenden Jahr dann leicht um 1,2 Prozent ansteigen.

Die Bauinvestitionen insgesamt werden im Jahr 2000 voraussichtlich um 2,1 Prozent sinken; für das Jahr 2001 ist mit einer Zuwachsrate von 0,5 Prozent zu rechnen. Aufgrund der anhaltenden Überkapazitäten im Baugewerbe wird der Preisanstieg in beiden Jahren moderat bleiben; er wird sich jeweils auf 0,7 Prozent belaufen.

Steuerreform gibt privatem Konsum Auftrieb

Im Verlauf des ersten Halbjahres 2000 wurden die privaten Konsumausgaben mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 Prozent ausgeweitet. Der beschleunigte Zuwachs spiegelt dabei ein offenbar gewachsenes Vertrauen der Verbraucher in die Konjunktur und in die günstige Arbeitsmarktlage wider.

Für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Anstieg von 1,8 Prozent. Dem liegt zugrunde, dass die Einkommensperspektiven in diesem Jahr eher mäßig sind. Zwar nimmt das Arbeitnehmerentgelt angesichts der merklich steigenden Beschäftigung rascher zu als im vergangenen Jahr. Die Transfereinkommen werden indes kaum expandieren, insbesondere weil die Renten nur noch im Ausmaß der geringen Preissteigerungsrate des vergangenen Jahres angehoben worden sind. Zudem kommt es infolge der Halbierung der Sparerfreibeträge zu Be-

ginn dieses Jahres insgesamt zu einer relativ hohen steuerlichen Belastung der Verbraucher. Alles in allem erwarten wir zwar immer noch eine vergleichsweise kräftige Ausweitung der nominal verfügbaren Einkommen um 3,1 Prozent; real gerechnet ergibt sich aufgrund der raschen Verteuerung der Lebenshaltung aber nur ein Anstieg von 1,3 Prozent. Erst zu Beginn des kommenden Jahres sind im Zuge der Einkommensteuerreform spürbare Impulse für Einkommen und Konsum zu erwarten. Real werden den privaten Haushalten im Jahr 2001 voraussichtlich 2,8 Prozent mehr an Einnahmen zur Verfügung stehen. Die realen privaten Konsumausgaben werden um 2,6 Prozent zunehmen.

Ostdeutschland: Produktionsanstieg wie im Westen

Nach den revidierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Kasten 1) ist der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg in den neuen Ländern, einschließlich Berlin, im Jahr 1999 etwas höher ausgefallen als zunächst ausgewiesen. Er betrug nach den nun vorliegenden Daten rund 1 Prozent (alte Daten: 0,9 Prozent).⁶ Dabei stieg die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister besonders dynamisch, während sie im Baugewerbe deutlich zurückging (Tabelle 2).

Diese Entwicklung ist Ausdruck des fortdauernden strukturellen Anpassungsprozesses in der ostdeutschen Wirtschaft. Im Baugewerbe werden noch immer die Überkapazitäten abgebaut, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre entstanden sind und die den Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung auf fast das dreifache des westdeutschen Niveaus angehoben haben. Das verarbeitende Gewerbe, aber auch die Unternehmensdienstleistungen sind im Vergleich zu Westdeutschland hingegen weiterhin unterrepräsentiert. Der öffentliche Sektor in Ostdeutschland, der aufgrund eines zu hohen Personalbesatzes und zahlreicher Sonderaufgaben im Transformationsprozess ein relativ großes Gewicht erlangt hatte, verliert, ähnlich wie die Bauwirtschaft, an Bedeutung.

Im verarbeitenden Gewerbe ist der Aufwärtstrend ungebrochen. Eine robuste Mehrheit von Unternehmen bewertet ihre Situation inzwischen positiv, was man als Indiz dafür betrachten kann, dass der Aufschwung in diesem Sektor an Breite und Stetigkeit gewonnen hat. Nach einer Flaute im ersten Quartal 2000 weisen auch die Auftragseingänge wieder deutlich nach oben, wobei die Impulse vor allem aus dem Auslandsgeschäft kommen. Insgesamt erwarten wir, dass das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe in diesem Jahr um knapp 10 Prozent, im nächsten bei etwas nachlassender Exportdynamik um 8 Prozent expandieren wird. Hoffnungsfroh stimmt, dass Industrieumfragen zufolge die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen erstmals seit Beginn der Transformation überwiegend positiv sind.

⁶ Diese Zuwachsrate berücksichtigt die Revision des Produktionsanstiegs in Gesamtdeutschland von 1,5 auf 1,6 Prozent noch nicht. Revidierte Zahlen für die Bundesländer liegen bislang nicht vor.

Kasten 1: Zum Stand des Anpassungsprozesses in Ostdeutschland: Neue Daten nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder,“ hat in diesem Jahr Länderergebnisse nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) für den Zeitraum 1991 bis 1999 vorgelegt. Sie umfassen das Bruttoinlandsprodukt, die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen sowie das Arbeitnehmerentgelt. Zusätzlich wurden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder,“ Zahlen zu den Erwerbstätigen und zu den Arbeitnehmern veröffentlicht, die allerdings noch nicht an die neuerlich revidierte Erwerbstätigenstatistik (vollständige Erfassung der geringfügig Beschäftigten) angepasst sind. Damit ist es nunmehr möglich, ein Bild des ostdeutschen Anpassungsprozesses von 1991 bis einschließlich 1999 zu zeichnen. Dieses stellt sich im Großen und Ganzen etwas positiver dar als bisher angenommen.

An der Tatsache, dass die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts seit 1997 geringer waren als in Westdeutschland, hat sich durch die Revision der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung allerdings nichts geändert. Dies gilt – bis auf 1999 – auch dann, wenn man Berlin, das die Zuwachsraten für Ostdeutschland spürbar drückt, herausrechnet. Eine solche Korrektur der Ergebnisse scheint jedoch wenig sinnvoll, wenn man bedenkt, dass Berlin mit den neuen Ländern sowohl geographisch als auch wirtschaftlich eine Einheit bildet. Aus diesem Grund wird es hier den neuen Bundesländern zugerechnet.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen gegenüber dem westdeutschen Niveau betrug im Jahr 1991 knapp 40 Prozent statt, wie bislang ausgewiesen, 30 Prozent und im Jahr 1998 noch etwa 70 statt 60 Prozent; das relative Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist im Vergleich etwas niedriger (Tabelle). Von 1996 bis 1999 hat sich – wie auch nach den alten Zahlen – das Verhältnis zum Westen nicht mehr erhöht; beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist Ostdeutschland sogar etwas zurückgefallen. Die Relation der Lohnstückkosten fällt nach ESVG günstiger aus als nach der alten VGR, die sie für 1998 auf 124 Prozent veranschlagte. Sorgen bereitet indes, dass die Lohnstückkosten seit einigen Jahren im Vergleich zum Westen wieder zunehmen.

Tabelle: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Ost-West-Vergleich 1991–1999 (Westdeutschland = 100)^a

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	42,4	50,8	59,3	64,3	66,7	67,5	64,7	65,9	66,0
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem	42,9	56,8	66,1	69,4	70,1	70,9	70,8	70,4	70,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	55,1	67,5	73,9	76,3	76,9	77,4	77,9	78,3	79,7
Lohnstückkosten ^b	128,4	118,9	111,8	109,9	109,7	109,2	109,9	111,4	112,3

^a In jeweiligen Preisen. Ostdeutschland mit, Westdeutschland ohne Berlin. – ^bArbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000a, b, c), eigene Berechnungen.

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung^a nach Wirtschaftsbereichen in Ost- und Westdeutschland 1991–1999

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
		<i>Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung (Prozent)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Ost	2,1	1,8	1,9	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8
	West	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,2	1,2	1,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Ost	17,5	15,2	15,2	15,1	15,2	16,0	16,3	17,0	17,1
	West	30,0	29,0	27,3	27,6	27,1	26,3	26,4	26,6	26,3
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	Ost	12,4	11,1	11,3	11,7	11,8	12,2	12,8	13,6	13,8
	West	27,5	26,5	24,8	25,0	24,5	23,7	23,8	24,2	24,0
Baugewerbe	Ost	10,5	12,4	13,0	14,4	14,2	13,6	13,5	12,1	11,4
	West	5,9	5,9	5,8	5,7	5,4	5,1	4,8	4,6	4,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Ost	15,9	16,2	16,5	16,4	16,0	15,7	15,8	15,8	16,0
	West	17,8	18,1	18,0	17,9	18,0	17,9	18,0	18,1	18,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Ost	22,3	22,3	23,3	23,4	24,1	24,6	25,1	26,0	26,4
	West	25,8	26,2	27,4	27,3	28,1	29,2	29,7	30,0	30,5
Öffentliche und private Dienstleister	Ost	31,8	32,2	30,1	29,1	28,9	28,3	27,6	27,4	27,2
	West	19,3	19,5	20,2	20,2	20,2	20,2	19,8	19,4	19,0
		<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent)</i>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Ost	.	-8,3	16,1	-3,8	6,3	3,4	-0,2	6,6	2,1
	West	-	9,7	-1,0	-5,5	4,4	8,1	-0,4	2,2	1,7
Produzierendes Gewerbe, ohne Baugewerbe	Ost	.	-5,6	7,7	7,2	5,0	6,8	2,7	5,0	2,2
	West	.	-2,0	-8,0	2,1	0,1	-1,9	2,4	3,9	0,8
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	Ost	.	-2,5	8,9	11,8	5,7	4,5	5,9	7,2	3,0
	West	.	-2,2	-8,7	2,2	-0,3	-2,4	2,7	4,5	1,1
Baugewerbe	Ost	.	28,1	13,5	19,4	2,3	-2,2	-0,6	-9,5	-4,2
	West	.	2,1	-4,7	0,6	-4,5	-4,0	-2,5	-2,9	0,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Ost	.	11,2	9,2	7,2	1,6	-0,1	0,8	1,4	2,3
	West	.	3,1	-2,8	0,7	2,1	0,6	2,7	3,7	2,9
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Ost	.	9,2	12,3	8,1	7,5	3,7	2,6	4,3	3,4
	West	.	2,9	2,2	1,0	4,7	4,9	3,8	4,0	3,6
Öffentliche und private Dienstleister	Ost	.	10,3	0,7	4,0	3,8	-0,6	-1,9	0,2	0,8
	West	.	2,2	1,5	1,5	1,3	1,1	0,6	0,6	-0,0
Nachrichtlich:										
Bruttoinlandsprodukt	Ost	.	8,8	7,5	8,0	3,9	1,1	0,1	0,6	1,0 ^b
	West	.	1,3	-2,4	1,4	1,3	0,7	1,7	2,4	1,5 ^b

^a In Preisen von 1995. – ^b Die ausgewiesenen Veränderungsrate beziehen sich auf den Stand der Daten vor der jüngsten Revision der gesamtdeutschen Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 auf 1,6 Prozent.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000a), eigene Berechnungen.

Im Baugewerbe dagegen zeigt sich noch immer kein Silberstreif am Horizont. Die Auftragsengänge bleiben deutlich unter Vorjahresniveau, wobei insbesondere die Lage im Wohnungsbau ausgesprochen düster ist. Allgemein ist die Stimmung unter den Unternehmen nach wie vor gedrückt, und es ist nicht zu erwarten, dass der konjunkturelle Aufschwung in absehbarer Zeit die Bauwirtschaft erfasst. Vielmehr wird die Bauproduktion, die in diesem Jahr um 4 Prozent und im Jahr 2001

um 2,5 Prozent zurückgehen dürfte, weiterhin Hemmschuh für den Aufholprozess im Osten Deutschlands sein.

Unter den übrigen Wirtschaftssektoren werden die Unternehmensdienstleistungen besonders kräftig zulegen; mit Zuwachsraten um 5 Prozent in den Jahren 2000 und 2001 werden sie jedoch deutlich hinter denen im verarbeitenden Gewerbe zurückbleiben. Das mag zu einem Teil daran liegen, dass in den neuen Ländern noch immer ein Defizit an qualifizierten Kräften in diesem Bereich, der in der ehemaligen DDR nur eine vernachlässigbare Rolle spielte, besteht. Der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe wird in beiden Jahren um gut 3 Prozent expandieren. Die Zunahme bei den privaten Dienstleistern dürfte das Schrumpfen des Staatssektors wohl gerade kompensieren.

Alles in allem rechnen wir damit, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland im laufenden Jahr um 2,8 und im kommenden Jahr um 2,6 Prozent zunehmen wird; damit liegt die Zuwachsrate kaum noch niedriger als die in Westdeutschland. Allerdings ist angesichts des erheblich niedrigeren Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Produktion pro Kopf ein deutlich höherer Anstieg in den neuen als in den alten Bundesländern notwendig, um die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West spürbar zu verringern.

Revision der Erwerbstätigenstatistik: Beschäftigungsdynamik bislang deutlich unterschätzt

Nach den revidierten Erwerbstätigenzahlen (siehe Kasten 2) ist die Beschäftigung im vergangenen Jahr deutlich stärker ausgeweitet worden als bisher vermutet. So übertraf die Zahl der Erwerbstätigen im Inland 1999 ihr Vorjahresniveau um gut 400 000 Personen, während zuvor eine Zunahme von nur knapp 110 000 Personen ausgewiesen worden war. Im Zuge des Aufschwungs vergrößerte sich der Anstieg; mit mehr als 730 000 Personen (+1,9 Prozent) im zweiten Quartal 2000 erreichte er ein Tempo, wie es zuletzt während des Vereinigungsbooms zu beobachten war. Allerdings ist diese Entwicklung wesentlich auf den vermehrten Einsatz von ausschließlich geringfügig Beschäftigten – vor allem in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie bei den privaten Dienstleistungen – zurückzuführen.

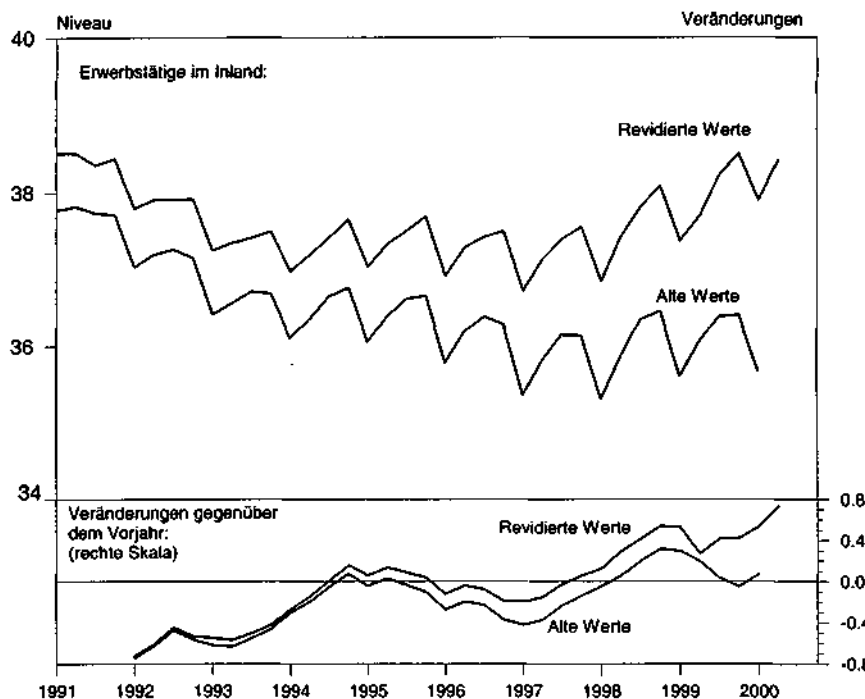
Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit ist im Frühjahr 2000 vorübergehend ins Stocken geraten. In diesen Daten spiegelt sich freilich auch wider, dass Witterungsanomalien und institutionelle Veränderungen durch das Saisonbereinigungsverfahren nicht herausgefiltert werden können (Boss et al. 2000: 165). Es dürfte aber auch eine Rolle spielen, dass ein großer Teil der Beschäftigungsaufstockung im tertiären Sektor zustande kam. Hiervon profitierten in großem Umfang ausschließlich geringfügig Beschäftigte, die sich vorher nicht beim Arbeitsamt gemeldet hatten. Sie zählten beispielsweise als verheiratete Frauen mit Kindern entweder direkt zur stillen Reserve oder sie strebten als Schüler, Studenten und Rentner von vornherein nur eine in der Regel temporäre geringfügige Erwerbstätigkeit an.

Im Prognosezeitraum sind die Perspektiven für die Beschäftigung sehr günstig. Maßgeblich hierfür ist neben der weiterhin expansiven Entwicklung der Kon-

Kasten 2: Zur Revision der Erwerbstätigenstatistik: vollständige Erfassung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten

Seit dem 1. April 1999 sind alle ausschließlich geringfügig Beschäftigten der Sozialversicherungspflicht unterworfen. Dies ermöglichte es der Bundesanstalt für Arbeit, eine gesonderte Statistik über diesen Personenkreis zu erstellen.^a Bislang hatte das Statistische Bundesamt die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten allein mit Hilfe des Mikrozensus ermittelt, wodurch jene nur sehr unzureichend erfasst werden konnten. Dieser Sachverhalt ist zwar nicht neu.^b Überraschend ist aber zum einen das Ausmaß der Unterschätzung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (im Jahresdurchschnitt 1999 um 1,8 Mill. Personen bzw. um 5,1 Prozent). Noch stärker beeinflusst die Revision die Dynamik der Beschäftigung. Das Auseinanderdriften der Vorjahresveränderungen der alten und der neuen Erwerbstätigenzahlen ab dem dritten Quartal 1999 lässt den Schluss zu, dass die vollständige Erfassung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten durch die Bundesanstalt für Arbeit auf die Periode davor nur stark abgeschwächt übertragen worden ist (Schaubild). Hinzu kommt der Einfluss der Neuregelung der 630-DM-Jobs, der seit April 1999 in zunehmendem Maß dazu führte, dass für nunmehr ökonomisch unattraktiv gewordene Nebentätigkeiten auf 630-DM-Basis u.a. ausschließlich geringfügig Beschäftigte eingesetzt worden sind (Boss et al. 1999: 180). Die nach dem Personenkonzept erstellte

Schaubild: Revidierte Daten der Erwerbstätigenstatistik (in Mill. Personen)



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3, 2. Vierteljahr 2000*.
Stuttgart. – Eigene Berechnungen.

Kasten 2: (Fortsetzung)

deutsche Erwerbstätigenstatistik wird hierdurch insofern aufgebläht, als Nebenerwerb gar nicht, wohl aber eine geringfügige Beschäftigung als Haupterwerb erfasst wird.

Durch die Totalerhebung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten für die neue Erwerbstätigenstatistik liegt zwar die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer sowie die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen deutlich unter den entsprechenden Werten in der alten Statistik. Beim geleisteten Arbeitsvolumen wird der negative Effekt der durchschnittlichen Arbeitszeit jedoch überkompensiert durch die höhere Zahl der Erwerbstätigen. Dies hat zur Folge, dass das Arbeitsvolumen nach der neuen Erwerbstätigenstatistik über demjenigen liegt, das nach der alten Statistik berechnet worden ist, wobei dieser Abstand sich seit 1997 immer mehr vergrößert hat. Entsprechend ist durch die alte Erwerbstätigenstatistik auch die gesamte Arbeitsnachfrage (gemessen in Stunden) im wachsenden Umfang unterschätzt worden.

Gemäß der revidierten Beschäftigtenstatistik nahm im ersten Halbjahr 2000 die Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um über 630 000 Personen zu. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit betrug dagegen nur 175 000 Personen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass der weitaus größte Teil der zusätzlich erfassten ausschließlich geringfügig Beschäftigten vorher nicht bei den Arbeitsämtern gemeldet war, bleibt eine ungeklärte Diskrepanz,^c wenn man wie bislang ein schrumpfendes Arbeitsangebot unterstellt. Offenbar bedürfte es einer Neuschätzung des gesamten Arbeitsangebots, welche die aufgrund der revidierten Erwerbstätigenzahlen in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Erwerbsquote berücksichtigt. Angesichts der erheblichen Schwierigkeiten bei der Interpretation der revidierten Erwerbstätigenzahlen erscheint eine solche Neuschätzung zurzeit mit großen Risiken behaftet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Revisionen sich weitgehend auf ausschließlich geringfügig Beschäftigte konzentrieren, die insofern bei Arbeitsangebotschätzungen ein großes Problem darstellen, als es sich nicht selten um Schüler, Studenten, Rentner oder sogar registrierte Arbeitslose handelt, die nebenher einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen. Offizielle Informationen über deren Anzahl sind nicht verfügbar. So kommt es bei Arbeitsangebotschätzungen leicht zu Doppelzählungen (beispielsweise kann ein geringfügig Beschäftigter^d sowohl in der Erwerbstätigen- als auch in der Arbeitslosenstatistik auftauchen), die dann nur approximativ bei der Festsetzung der Potentialerwerbsquote, welche den „Stille-Reserve-Effekt“ einschließt, berücksichtigt werden können. Hierzu bedarf es einer sehr eingehenden Analyse auch unter der Ausnutzung von Paneldaten, die erst dann mit Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden kann, wenn die revidierten Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland getrennt vorliegen.

^a Statistisches Bundesamt (2000), *Mitteilungen für die Presse* 307/00 vom 29. August, Wiesbaden.
 – ^b Er ist anhand von Analysen, die auf Sondererhebungen basieren (IAB-Betriebspanel; Socioeconomic Panel (SOEP) beim DIW), bereits in den Jahren 1996/97 thematisiert worden; vgl. Kohler et al. (1996) sowie Schupp et al. (1997). – ^c Diese Aussage gilt etwas abgeschwächt auch für das zweite Halbjahr 1999. – ^d Weniger als 15 Wochenstunden.

junktur eine moderate Tarifpolitik, die den Unternehmen bis zum Frühjahr 2002 eine relativ sichere Kalkulationsgrundlage bei den Personalkosten gibt. Die Lohnrunde 2000 ist charakterisiert durch Zweijahresverträge mit Stufenanhebungen von effektiv⁷ 2 bis 2,5 Prozent. Lediglich in einigen wenigen bedeutenden Tarifbereichen einigte man sich auf Jahresverträge (Banken und Versicherungen, Hotels und Gaststätten sowie regional der Einzelhandel). Die in diesen Sektoren im nächsten Frühjahr anstehenden Neuverhandlungen dürften sich weitgehend an den für 2001 vorgegebenen Stufenanhebungen in den Pilotbereichen (Metallindustrie, Chemie) orientieren und werden somit den insgesamt zurückhaltenden Kurs der Lohnpolitik bis zum Frühjahr 2002 nicht gefährden. Von daher rechnen wir weiterhin mit einem Anstieg der tariflichen Stundenverdienste in der Gesamtwirtschaft von 2,1 Prozent in diesem und von 2,2 Prozent im kommenden Jahr.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich der Anstieg der Beschäftigung zwar fortsetzen, wobei aber das rasche Tempo, das im ersten Halbjahr zu beobachten war, nicht mehr erreicht wird. Für eine Verlangsamung sprechen zum einen die weniger starke Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, zum anderen das Auslaufen von Sondereffekten im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung. So dürfte die Substitution von in der Statistik nicht gesondert erfassten Zweitjobs auf 630-DM-Basis durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte weitgehend abgeschlossen sein. Alles in allem wird im Verlauf dieses Jahres die Zunahme knapp 530 000 Personen betragen. Hiervon profitieren ausschließlich die alten Bundesländer. In den neuen Bundesländern wird sich lediglich das Tempo des Beschäftigungsrückgangs verlangsamen. Dabei ist positiv hervorzuheben, dass die Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erstmals seit 1995 das Vorjahresniveau leicht übertreffen könnte, während sich die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen auf einem gegenüber 1999 stark reduzierten Stand stabilisieren werden.

Im kommenden Jahr wird vor allem die nachlassende gesamtwirtschaftliche Expansion die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften dämpfen. Außerdem wird der Beschäftigungsanstieg auch dadurch gebremst, dass das Ende 2000 auslaufende Gesetz über befristete Arbeitsverhältnisse durch eine restriktivere Neuregelung ersetzt werden dürfte, die vor allem die Möglichkeit des Abschlusses so genannter „Kettenverträge“ nicht mehr zulässt. So wird die Erwerbstätigkeit im Verlauf von 2001 mit 350 000 Personen wesentlich schwächer zunehmen als in diesem Jahr.

Von 1999 bis 2001 wird sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland um fast eine Million Personen erhöhen. Die stille Reserve dürfte sich dadurch weitaus am stärksten zurückbilden. Hierin kommt zum Ausdruck, dass, wie schon in der jüngsten Vergangenheit, in erster Linie geringfügig Beschäftigte von dem wachsenden Arbeitskräftebedarf profitieren werden. Entsprechend schwächer fällt die Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit aus; von 1999

⁷ Unter Berücksichtigung von Einmalzahlungen und von Sonderleistungen aus Vorläuferverträgen.

bis 2001 nimmt sie nur um knapp 500 000 Personen ab. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird sie saisonbereinigt auf gut 3,5 Mill. Personen zurückgehen; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent.

Verbraucherpreisanstieg bleibt moderat

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird weiterhin maßgeblich durch außenwirtschaftliche Impulse geprägt. Die Verlangsamung des Preisanstiegs im Frühjahr wurde im Sommer durch eine erneute Beschleunigung abgelöst, nachdem die Weltmarktpreise für Rohöl wieder auf über 30 US-Dollar pro Fass gestiegen waren und der Euro gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verloren hatte. Im Zeitraum von Juni bis August erhöhten sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Dreimonatszeitraum zuvor mit einer laufenden Jahresrate von 2,4 Prozent. Dies ist der stärkste Anstieg seit Herbst 1997. Die Kernrate der Inflation ist allerdings deutlich niedriger, sie beträgt nur etwa 1 Prozent.

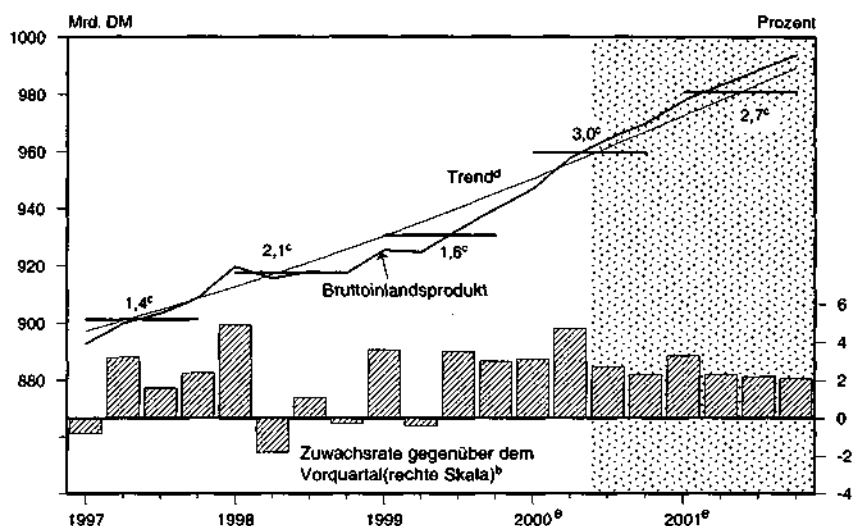
Im Prognosezeitraum wird der Preisauftrieb moderat bleiben. Die Teuerungsimpulse aus dem Ausland werden sich wohl deutlich verringern. Wir erwarten, dass der Ölpreis leicht sinkt und der Euro etwas gegenüber dem US-Dollar aufwertet (Gern et al. 2000b). Zwar werden sich mit der Zunahme der Kapazitätsauslastung die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen weiter vergrößern. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird jedoch mäßig bleiben. Dafür spricht, dass die Lohnstückkosten aufgrund der moderaten Tariflohanhebungen nur wenig

Tabelle 3: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998–2001

	1998	1999	2000 ^a	2001 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	2,1	1,6	3,0	2,7
Westdeutschland	2,3 ^c	1,5 ^c	3,1	2,7
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	0,6 ^c	1,0 ^c	2,8	2,6
Erwerbstätige ^d	37540	37942	38536	38922
Beschäftigte Arbeitnehmer ^d	33561	34002	34586	34949
Arbeitslose (1000)	4279	4099	3890	3606
Arbeitslosenquote ^e	10,3	9,8	9,2	8,5
Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP	-2,1	-1,4	1,3	-1,6
Öffentliche Schulden ^f in Prozent des BIP	60,7	61,1	59,4	57,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-8,0	-35,5	-45,0	-85,0
Verbraucherpreise ^g	1,0	0,6	1,8	1,7

^a Prognose. – ^b In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^c Stand Mai 2000. Ergebnisse für Gesamtdeutschland mitterweile revidiert. – ^d Im Inland, in 1000. – ^e Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus erwerbstätigen Inländern und registrierten Arbeitslosen. – ^f Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – ^g Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2000b), Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000a), eigene Schätzung und Prognosen.

Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^bAuf Jahresraten hochgerechnet. – ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – ^eAb 2000: III Prognose.

anziehen. Insgesamt erwarten wir, dass die Lebenshaltungskosten in diesem Jahr um 1,8 Prozent und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent steigen werden.

Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt weiter zu

Zum Ende des laufenden Jahres wird der Produktionsanstieg deutlich an Schwung verlieren. Maßgeblich ist, dass der private Verbrauch sich verhaltener entwickelt, da die real verfügbaren Einkommen – nicht zuletzt infolge der gestiegenen Energiepreise – nur wenig zunehmen. Die Impulse durch die Auslandsnachfrage bleiben beträchtlich. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen wird sich sogar etwas beschleunigen, da es sich aufgrund der veränderten Abschreibungsbedingungen im kommenden Jahr für die Unternehmen lohnt, Investitionsprojekte ins laufende Jahr vorzuziehen.

Im Jahr 2001 wird die Binnennachfrage zunächst kräftig expandieren. Die privaten Haushalte werden im Zuge der Einkommensteuerreform spürbar entlastet. Dies dürfte zum Jahresbeginn zu einer merklichen Beschleunigung der Zunahme der privaten Konsumausgaben führen. Im weiteren Verlauf des Jahres wird sich mit dem Auslaufen dieses Effekts und den Wirkungen der geldpolitischen Strafung die Dynamik verringern. Die Auslandsnachfrage schwächt sich wegen des geringeren Tempos der Weltkonjunktur und der leicht realen Aufwertung des Euro ab. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 3,0 Prozent steigen (Tabelle 3). Für das nächste Jahr erwarten wir eine Zunahme um 2,7 Prozent (Schaubild 3).

Summary

Expansion in Germany Loses Momentum

The cyclical upswing in Germany accelerated this year. In the course of the first half of the year, real GDP grew at an annual rate of 3.9 percent, after 3.3 percent in the second half of 1999. As in the previous year, the strong impulses came from foreign demand, which was stimulated by strong worldwide production growth as well as by the devaluation of the euro that helped exports to countries outside the euro area. Private households increased consumption growth despite stagnating real disposable income. Investment in machinery and equipment expanded forcefully due to bright sales perspectives. Investment in buildings, however, declined once more.

The strong increase in production triggered labor demand. In June, seasonally adjusted employment was 300,000 persons above its level at the end of last year. Unemployment has been falling for one year. In August, the rate of unemployment was 9.5 percent.

In the third quarter, the expansion will have lost some momentum. The business climate has been falling significantly in June and in July. Orders to manufacturing have increased at a slower pace. In the construction sector, the continued fall of building permits and orders indicates that a recovery cannot be expected for the second half of the year. The price climate continues to be dominated by external factors. As oil prices went up further and the euro depreciated once again, headline inflation increased. The core rate, however, is still low.

Monetary Conditions Less Favorable ...

Monetary conditions are no longer stimulating the economy. After the ECB has increased its key rate by 25 basis points to 4.5 percent, nominal interest rates are about 4.9 percent. In real terms, short-run interest rates are somewhat above their long-run average. Long-run interest rates have been around 5.3 percent for the last six months. In real terms, they are close to the long-run mean. Still high, however, are the impulses from the devaluation of the euro. For the forecast period we expect monetary conditions to worsen somewhat. The ECB will raise the interest rate on the main financing operations by another 25 basis points. Bond yields will increase slightly. The euro will appreciate somewhat against the US-dollar until the end of 2001. Overall, monetary conditions will slightly dampen economic activity.

... Fiscal Policy Becomes Expansionary

Fiscal policy will be neutral in 2000. While revenues fall due to lower personal income tax rates and social security contributions, expenditure also decreases as a result of various savings measures. The budget deficit, however, will show a surplus for the first time since 1970 as the state receives revenues from auctioning cellular phone-frequencies (UMTS) of DM 99.4 billion. In 2001, private households and firms will benefit from a substantial reduction in personal income tax

rates and the reform of the corporate income tax. The reduction of the tax burden will amount to 1.1 percent of GDP. Moreover, government expenditures will increase significantly. Overall, fiscal policy will be expansionary in 2001.

Strong Employment Gains

Recent revisions of labor statistics show that the dynamics of employment have been underestimated so far. In 1999, employment grew by 400,000 persons according to the new figures, while the old data only show an increase by 110,000 persons. Most of the employment gains, however, can be attributed to the so-called "exclusively minor employment", that is, jobs that pay at most DM 630 per month.

Prospects for employment remain bright. Both, the cyclical upswing and moderate pay rises let the demand for labor grow. We expect employment to increase by 530,000 persons this year and by 350,000 in 2001. Employment growth will, however, be confined to western Germany. In the east, job losses go on although at a slower pace. Unemployment will continue to fall in Germany. We expect the number of unemployed to be at about 3.5 million persons – equivalent to a rate of unemployment of 8.3 percent – at the end of 2001.

Outlook: Capacity Utilization Will Increase Further

At the end of 2000, production growth will decelerate significantly. The main reason is that private consumption growth will be low since real disposable income increases only weakly, not least due to soaring energy prices. Impulses from foreign demand remain high. Investment in machinery and equipment will even accelerate as firms will find it profitable to realize projects in 2000 rather than in 2001 due to the tightening of depreciation rules.

In 2001, domestic demand will expand forcefully. Private households' income tax burden will be lowered significantly. This will accelerate consumption growth in first half. In the further course of the year, this effect will vanish and the results of the tightening of monetary conditions will be felt; therefore the dynamics will be reduced. Foreign demand will also grow at a slower pace due to a moderation in the world business cycle and a revaluation of the euro. Real GDP will expand by 3.0 percent in 2000 and by 2.7 percent in 2001.

Literaturverzeichnis

BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (2000). *Finanzbericht 2001*. Bonn.

Boss, A. (2000). Steuer- und Ausgabenpolitik in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 975. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Boss, A., und T. Elendner (2000). Ein Modell zur Simulation des Lohnsteueraufkommens in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 988. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (2000). Produktionsanstieg in Deutschland überschreitet Höhepunkt, aber Kapazitätsauslastung nimmt noch zu. *Die Weltwirtschaft* (2): 159–170.

- DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) (2000). Außenhandel und Wettbewerbsfähigkeit. DIHT-Umfrage bei den deutschen Auslandshandelskammern. Bonn.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2000). *Monatsbericht*. August. Frankfurt am Main.
- Fischer, M. (1996). Die Preisbildung im deutschen Außenhandel – Eine empirische Analyse. Kieler Arbeitspapier 782. Institut für Weltwirtschaft. Kiel.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, B. Sander, J. Scheide und H. Strauß (2000a). Weltwirtschaft unter Volldampf. *Die Weltwirtschaft* (3), in diesem Heft.
- Gern, K.-J., C. Kamps, C.-P. Meier und J. Scheide (2000b). Euroland: Konjunktur überschreitet Höhepunkt. *Die Weltwirtschaft* (3), in diesem Heft.
- Kohler, H., H. Rudolph und E. Spitznagel (1996). Struktur und Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung – Eine Bestandsaufnahme. *IAB-Kurzbericht* 2. Nürnberg
- Schupp, J., J. Schwarze und G. Wagner (1997). Erwerbsstatistik unterschätzt Beschäftigung um 2 Millionen Personen. *DIW-Wochenbericht* 38. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2000a). *Fachserie 17: Preise, Reihe 8: Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr*. Juni. Stuttgart.
- (2000b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2000a). *Bruttoinlandsprodukt in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995*. Stuttgart.
- (2000b). *Arbeitnehmerentgelt in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995*. Stuttgart.
- (2000c). *Erwerbstätige, Arbeitnehmer und Einwohner in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 1999 – revidierte Ergebnisse nach ESVG 1995*. Stuttgart.
- Strauß, H. (2000). Eingleichungsmodelle zur Prognose des deutschen Außenhandels. Kieler Arbeitspapiere 987. Institut für Weltwirtschaft. Kiel.